

Dynamik und differenzierte Auswirkungen der internen Zwangsvertreibung in Chiapas

San Cristóbal de Las Casas, Chiapas, 3 de septiembre de 2022.

CECILIA JIMÉNEZ-DAMARY

UN-Sonderberichterstatteerin für die Menschenrechte von Binnenflüchtlingen

Wir, die unterzeichnenden Organisationen der Zivilgesellschaft, bedanken uns herzlich für Ihren Besuch. Wir sind zuversichtlich, dass sie wichtige Ergebnisse für Tausende Opfer von Zwangsumsiedlungen in unserem Land bringen wird.

Um die Analyse des Kontextes und die Dimensionierung des Phänomens in Chiapas zu erleichtern, stellen wir im Folgenden die Situation auf nationaler, bundesstaatlicher und regionaler Ebene dar, wobei wir einen differenzierten und intersektionalen Ansatz verfolgen, und zeigen einige Aspekte auf, die sich aus dem bundesstaatlichen Gesetz zur Zwangsvertreibung ergeben.

- **NATIONALER RAHMEN**

Um das Problem der Binnenvertreibung in Mexiko umfassend zu behandeln, ist es unerlässlich, einige der strukturellen Bedingungen aufzuzeigen, die zu dieser Vertreibung führen. Zunächst einmal wird die Notwendigkeit immer deutlicher, in Mexiko einen Rechtsrahmen zu schaffen, der die volle Anerkennung der kollektiven Rechte der indigenen Völker als Subjekte des öffentlichen Rechts, der Selbstbestimmung, der Autonomie und des vollen Rechts auf Territorium gewährleistet.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass der mexikanische Staat bis vor wenigen Jahren die Existenz von Zwangsvertreibungen im Land geleugnet hat, was sich im Fehlen wirksamer gesetzlicher Lösungen für die derzeitige humanitäre Krise der Zwangsvertreibung auf nationaler Ebene ausdrückt und die gesamte Bevölkerung in dieser Situation verletzlich macht.

Leider befindet sich Mexiko seit mindestens 15 Jahren in einer schweren Gewalt- und Unsicherheitskrise mit einer alarmierenden Zahl von Morden, Vertreibungen und dem Verschwinden von Personen in einem Umfeld von Makrocriminalität. In diesem Zusammenhang haben verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen zahlreiche Fälle von kriminellen Handlungen mexikanischer staatlicher Institutionen durch Kommunalverwaltungen, Landesregierungen sowie lokale und regionale Staatsanwaltschaften dokumentiert. Darüber hinaus herrschen günstige Bedingungen für Straflosigkeit und für die Zusammenarbeit staatlicher Institutionen mit dem organisierten Verbrechen und mit Gruppen, die an den Paramilitarismus vergangener Jahrzehnte anknüpfen. Angesichts dessen hat sich die föderale Regierung für eine Strategie der Militarisierung entschieden, die die Gewalt vertieft und eskalieren lässt und die Organisationsfähigkeit der Gesellschaft weiter geschwächt hat, so dass sich zahlreiche Sektoren in absoluter Schutzlosigkeit befinden.

Obwohl es eine institutionelle Struktur und ein Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern gibt, hat sich gezeigt, dass der mexikanische Staat nicht in der Lage ist, den wirksamen Schutz von belagerten Gemeinschaften durch eine umfassende öffentliche Politik und die Umsetzung von Schutzmaßnahmen auf der Grundlage entsprechender Risikoanalysen zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit dem Zugang zur Justiz wissen wir, dass die Staatsanwaltschaften Strafanzeigen, öffentliche Beschwerden und Eilanträge von Organisationen der Zivilgesellschaft nicht weiterverfolgen. Es besteht eine Unfähigkeit dieser öffentlichen Einrichtungen, Ermittlungsakten ordnungsgemäß zu integrieren, die alle Ermittlungsstränge in jedem der gemeldeten Fälle ausschöpfen. Es gibt keine verantwortlichen Personen, die für die angeprangerten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen angeklagt, verfolgt und verurteilt wurden.

Ebenso wenig wendet die Justiz die Kontrollen der Konventionalität an, die notwendig sind, um die Anwendung der Rechtsstaatlichkeit in allen Bereichen ihrer Zuständigkeit zu gewährleisten. Dies beeinträchtigt insbesondere die uneingeschränkte Ausübung der kollektiven Rechte der indigenen Völker, die in den internationalen Instrumenten, die Mexiko unterzeichnet hat, verankert sind, vor allem in Bezug auf das Recht auf Territorium und Autonomie.

Schließlich stellen wir auf nationaler Ebene fest, dass es zwar in einigen Fällen gelungen ist, einen Dialog mit den Bundes- und Landesregierungen herzustellen, dies aber nicht in allen Fällen geschieht. Bei zahlreichen Gelegenheiten dienen diese Mechanismen lediglich dazu, die Gewalt einzudämmen, aber keiner von ihnen hat zu Vereinbarungen geführt, die die durch sie verursachten Konflikte lösen. Auf der anderen Seite ist es bei der Behandlung von Agrarkonflikten offensichtlich, dass der Staat den nationalen und internationalen Rechtsrahmen für den Schutz der Rechte der indigenen Völker nicht respektiert. In vielen Fällen haben sich die Behörden dafür entschieden, ein Narrativ zu konstruieren, das die Konflikte als Probleme zwischen den Gemeinschaften einordnet, anstatt nach Alternativen für das zugrunde liegende Problem zu suchen und die damit verbundene institutionelle Verantwortung zu übernehmen.

- **GENERELLER KONTEXT IN CHIAPAS (GEWALT UND ORGANISIERTE KRIMINALITÄT)**

In Chiapas ist das Problem der Zwangsvertreibung nicht neu und hat verschiedene Ursachen. Die Binnenvertreibungen wurden durch politische und religiöse Probleme im Landkreis Chamula (1960-1990), durch den Bau des Wasserkraftwerks in Chicoasén (1980) sowie durch verschiedene Naturkatastrophen verursacht, darunter der Ausbruch des Vulkans Chichonal (1982) und die Wirbelstürme Mitch (1998) und Stan (2005) in der Küstenregion, neben anderen Ereignissen.

Außerdem hatten die Vertreibungen der 90er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts im Zusammenhang mit der sozio-politischen Gewalt der Aufstandsbekämpfung starke Auswirkungen, insbesondere auf die Maya-Bevölkerung in der Region Los Altos und im Norden des Bundesstaates. Das Problem verschärfte sich nach dem Aufstand der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN), als die Bundesregierung eine Strategie zur Aufstandsbekämpfung umsetzte, die zur Vertreibung von mindestens 12.000 Indigenen aus ihren Ursprungsgemeinschaften führte. Zu dieser Strategie gehörte auch die Bildung paramilitärischer Gruppen, deren Ziel es war, der wachsenden Zahl von Unterstützungsbasen der Zapatisten in den Gemeinschaften und der Zunahme von Sympathisanten an verschiedenen Orten entgegenzuwirken. Sie bestand in der Bewaffnung und militärischen Ausbildung von Indigenen aus denselben Gemeinschaften, die damit beauftragt wurden, das Territorium mittels Waffengewalt zu kontrollieren. Der dramatischste Fall war das Massaker von Acteal am 22. Dezember 1997.

Gegenwärtig können die Vertreibungen ihre Wurzeln in langjährigen Agrarkonflikten haben, die in den 1970er Jahren zwischen verschiedenen Landkreisen und/oder Gemeindegebieten in der Region Los Altos begannen, wo bewaffnete Gruppen mit ähnlichen Handlungsmerkmalen operierten. Dies ist der Fall bei den massiven Vertreibungen in den Landkreisen Aldama und Chalchihuitán, die seit 2017 stattgefunden haben. Folgende Muster sind zu beobachten: a) anhaltende Angriffe auf die Zivilbevölkerung mit hochkalibrigen Waffen, die ausschließlich von der Armee eingesetzt werden; b) intermittierende bewaffnete Angriffe; c) Androhung von Massakern; d) Überwachung aus Schützengräben in den Bergen; f) allgemeine Angriffe auf die Bevölkerung; g) verschiedene Gewalttaten zur Erzeugung von Terror; und h) gezielte Morde.

Im Fall des Konflikts in Chalchihuitán wurden 5.023 indigene Tsotsil ab Oktober 2017 von einer Gruppe bewaffneter Zivilisten aus dem benachbarten Landkreis Chenalhó vertrieben. Der angebliche Auslöser ist der Streit um 900 Hektar im Grenzgebiet zwischen den beiden Landkreisen, der auf eine sehr mangelhafte Anerkennung und Titulierung von Gemeindeigentum durch das inzwischen aufgelöste Sekretariat für Agrarreform im Jahr 1973 zurückzuführen ist. Mehr als fünf Jahre nach der Vertreibung gibt es eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen, die zu einer hohen Gefährdung führen. Insgesamt 1.505 Menschen (277 Familien) sind nach wie vor von Zwangsvertreibung betroffen.

Gleichermaßen hat seit 2018 ein weiterer Grenzkonflikt zwischen der Gemeinde Santa Martha, Landkreis Chenalhó und dem Landkreis Aldama zur zeitweiligen Vertreibung von 3.499 indigenen Tsotsiles aus zehn Gemeinden des letztgenannten Landkreises geführt, angesichts der Unterlassung, Verwaltung des Konflikts und Straflosigkeit seitens des mexikanischen Staates. Dadurch wurde ein Klima des Terrors, der Angst, der allgemeinen Gewalt, der psychologischen Schäden und der schweren Menschenrechtsverletzungen für die Opfer in beiden Landkreisen geschaffen. Das Fehlen ausreichender Schutz- und Sicherheitsgarantien angesichts bewaffneter Angriffe im Grenzgebiet gefährdet das Leben und die Unversehrtheit der Opfer.

Ein weiterer besorgniserregender Fall ist der des Landkreises Chilón, gelegen in der Region Tulijá-Tseltal-Chol in Chiapas der zu 98 % von indigener Bevölkerung bewohnt wird (Nacionales Institut für indigene Völker, 2015). In jüngster Zeit wurde die Bevölkerung von zwei Gemeinden (Carmen San José im Jahr 2018; San Antonio Patbaxil im Jahr 2019)¹ vertrieben, insgesamt fast 200 Menschen.² Vier Gemeinden sind seitdem von Vertreibung bedroht³ (Juan Sabinés Verapaz, Tzibute'el Santa Rosa, San Antonio Bulujib und Santa Cruz im angrenzenden Landkreis Sitalá) und werden von denselben illegalen bewaffneten Gruppen schikaniert, die für die Vertreibungen 2018 und 2019 verantwortlich sind.

Trotz der vorsorglichen Maßnahmen, die die staatliche Menschenrechtskommission den vertriebenen Familien von Carmen San José im Oktober 2019 gewährt hat, trotz zweier Empfehlungen derselben Institution im Jahr 2021⁴ und trotz der Einrichtung von sieben interinstitutionellen Dialogtischen unter Beteiligung der Landwirtschaftsstaatsanwaltschaft im Jahr 2020 war das Einzige, was die vertriebenen Familien vom Staat erhielten, eine sporadische humanitäre Hilfe, die ohne kulturell angemessene Kriterien kanalisiert wurde, was zu einem Bruch im sozialen Gefüge der Gemeinde geführt hat. Bis heute sind die vertriebenen Familien wirtschaftlich und ernährungstechnisch gefährdet, haben keinen Zugang zu grundlegenden Gesundheits- und Bildungsdiensten und können aufgrund der anhaltenden Bedrohung durch illegale bewaffnete Gruppen und der Unterlassung des Staates nicht sicher zurückkehren.

- 1 Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas (18 de diciembre de 2019) "Escala la violencia y el desplazamiento forzado en Chiapas". Disponible en: <https://frayba.org.mx/escala-la-violencia-y-el-desplazamiento-forzado-en-chiapas>
- 2 Portal informativo *Pie de Página* (13 de diciembre de 2019). "Suman 190 desplazados en Chilón, Chiapas; tres comunidades más, en riesgo". Disponible en: <https://piedepagina.mx/suman-190-desplazados-en-chilon-chiapas-tres-comunidades-mas-en-riesgo/>
- 3 Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas (12 de diciembre de 2019) "Desplazamiento forzado de comunidades tseltales en Chilón". Disponible en: <https://frayba.org.mx/desplazamiento-forzado-de-comunidades-tseltales-en-chilon>
- 4 Recomendación CEDH/05/21 y Recomendación CEDH/08/21, Disponibles en: <https://cedhchiapas.org/cedh/wp-content/uploads/2021/03/R-005-2021.pdf> y <https://cedhchiapas.org/cedh/3038-2/>

Es muss darauf hingewiesen werden, dass seit 2010 bis zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Berichts das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas die Vertreibung von 14.476 Menschen im Bundesstaat Chiapas dokumentiert hat. In der Region Los Altos hat sich das Phänomen durch die Aktionen illegaler bewaffneter ziviler Gruppen verschlimmert, insbesondere in den Landkreisen Chalchihuitán, Chenalhó und Aldama. Einige von ihnen scheinen mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung zu stehen, wie im Fall derjenigen, die in den indigenen Landkreisen San Andrés Duraznal und Pantelhó operieren. Die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen sind Frauen, Kinder, Jugendliche und ältere Menschen.

Gegenwärtig haben die Präsenz und die Macht des organisierten Verbrechens exponentiell zugenommen und somit auch der Waffenhandel, der Autodiebstahl, der Menschenhandel und -schmuggel, der Drogenanbau und -handel sowie die territoriale Kontrolle durch die Auferlegung von Terror in den Gemeinden San Andrés Duraznal, Rincón Chamula, Chenalhó, San Juan Chamula, Chalchihuitán, Pueblo Nuevo Solistahuacán, San Cristóbal de Las Casas, Frontera Comalapa (Chamic) und Pantelhó, und anderen. Der letztgenannte Landkreis hat landesweit für Schlagzeilen gesorgt, da dort seit mehreren Jahren eine Welle der Gewalt zu beobachten ist, die sich jedoch mit der Ermordung von mindestens 12 Personen zwischen März und Juli 2021 verschärft hat, darunter auch der Mord an unserem Genossen Simón Pedro Pérez López (Mitglied der Zivilgesellschaft Las Abejas de Acteal), was zur Entstehung einer Selbstverteidigungsgruppe führte, die beschloss, sich der lokalen kriminellen Gruppe entgegenzustellen. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Seiten führten zur Vertreibung von mehr als 3.205 Menschen in benachbarte Gemeinden, unter anderem nach Chenalhó, Tenejapa, San Juan Cancuc, Sitalá, Chilón und San Cristóbal de Las Casas und in andere Landkreise.

• FRAUEN

In jedem Konflikt, ob bewaffnet oder nicht, sind die betroffenen Frauen mit spezifischen Problemen konfrontiert, die mit ihrem Geschlecht, ihrer Klasse und ihrer ethnischen Zugehörigkeit zusammenhängen. Sie leiden unter dem Bruch der Gemeinschaftsdynamik, in der sie mit einer Reihe von Erwartungen konfrontiert sind, die ohnehin oftmals nachteilig und unterdrückend sind und die mit dem Ausschluss von Rechten wie Gesundheit, Bildung, bezahlte Arbeit, Entscheidungen über ihr eigenes Leben und ihre soziale und politische Teilhabe verbunden sind.

Was Chiapas betrifft, so richten sich diese Formen der Gewalt gegen eine große soziale Schicht aus marginalisierten bäuerlichen und indigenen Frauen, die zusammen mit ihren Familien 76 % der betroffenen Bevölkerung im Jahr 2005 und 86 % im Jahr 2010 ausmachten. In dieser Situation der Ausgrenzung, der Ausbeutung und der extremen Armut bildet das Phänomen der erzwungenen Vertreibung ein Resultat der strukturellen Gewalt des Systems, bei dem wir festhalten können, dass insbesondere die Frauen in einen Zustand größerer Verwundbarkeit versetzt werden und dem Risiko ausgesetzt sind, neue Formen der Ausgrenzung und Gewalt zu erleiden, aufgrund ihrer Unterdrückungssituation und der historischen Unterordnung zwischen den Geschlechtern, der Enteignung, der gemeinschaftlichen und territorialen Entwurzelung und der rechtlichen Schutzlosigkeit, die sich aus der Ineffizienz des Staates ergibt, was Unsicherheit und größere Prekarität erzeugt.

Während der Vertreibungen sind Frauen Schikanen, Vergewaltigungen und sexueller Folter ausgesetzt. Dies sind Formen direkter Gewalt durch Zivilisten und Behörden, traditionelle oder nicht-traditionelle, kommunale oder staatliche Polizeikräfte, militärische oder paramilitärische bewaffnete Gruppen, das organisierte Verbrechen, Militante politischer Parteien oder religiöser Sekten, die sie berauben, verfolgen, kriminalisieren und sogar inhaftieren, wie im Fall von Nueva Palestina, wo Straftaten fabriziert wurden, sie reviktimisiert wurden und ihre Kinder schutzlos zurückgelassen wurden, um sie zu bestrafen und sich an den Männern in ihren Familien zu rächen.

In vielen Fällen übernehmen diese Frauen die Rolle des Familienoberhauptes und sind die alleinigen Versorgerinnen, Betreuerinnen und Verantwortlichen für das Überleben der Familie unter unvorstellbar prekären Bedingungen. Vor allem dann, wenn ihre Ehemänner ermordet wurden oder verschwunden sind und sie außerdem mit einem frauenfeindlichen Staat konfrontiert sind, der sie ignoriert, diskriminiert und ihnen ihr Recht auf Schutz, humanitäre Hilfe und vollständige Wiedergutmachung vorenthält. So ist es im Fall von Elicia und ihren fünf Söhnen und Töchtern in Chalchihuitán, die fünf Jahre nach ihrer Vertreibung noch immer nicht als Opfer anerkannt worden sind. Trotz mehrfacher Aufforderung haben weder der Staatsrat für die integrale Betreuung von Binnenvertriebenen noch die Kommission für die Betreuung von Opfern reagiert. Gleichgültigkeit, Verachtung, Rassismus und Sexismus erstrecken sich auch auf Staatsanwälte, Richter und staatliche Regierungsbeamte, deren patriarchale öffentliche Politik lediglich dazu dient, die Marginalisierung, Abhängigkeit und Unterordnung der am meisten gefährdeten Frauen zu vertiefen.

• KINDER UND JUGENDLICHE

Es gibt keine offiziellen Daten bezüglich vertriebener Kinder in diesem Gebiet. Auf der Grundlage des prozentualen Anteils der Kinder an der Bevölkerung des betreffenden Bundesstaates wird davon ausgegangen, dass mindestens drei von zehn Vertriebenen Kinder und Jugendliche sind, was einer geschätzten Zahl zwischen 4.400 und 5.500 entspricht.

Die Tatsache der Vertreibung verändert das Leben dieser Kinder und Jugendlichen auf radikale Weise, da sie Situationen extremer Gewalt ausgesetzt sind, die tiefe emotionale Auswirkungen haben, deren soziale und affektive Folgen weder dokumentiert noch thematisiert werden. Außerdem haben viele dieser Kinder und Jugendlichen angesichts der bereits bestehenden prekären Lage im Land, die durch die Verarmung der kindlichen Bevölkerung gekennzeichnet ist, von der acht von zehn Kindern und Jugendlichen betroffen sind, keine Ausweispapiere, was den Zugang zu ihren Rechten und deren Durchsetzung, insbesondere in Bezug auf Gesundheit und Bildung an ihrem neuen Wohnort, erschwert und auch alle Verfahren für ihre Anerkennung als Vertriebene behindert. Des Weiteren gehen diejenigen, die zur Schule gegangen sind, nicht mehr zur Schule und werden dieses wichtigen Raums des Lernens und der Sozialisierung beraubt; wenn es ihnen gelingt, in die Schule zu gehen, gibt es keine wirtschaftliche oder materielle Unterstützung für Schulbedarf, Uniformen und Unterrichtsmaterialien. Was die Gesundheit betrifft, so sind die Kinder und Jugendlichen aufgrund der prekären Ernährungs- und Wohnverhältnisse, um die sich der Staat nicht kümmert, täglich Krankheiten wie Fieber und Durchfall ausgesetzt, die ohne angemessene Behandlung zum Tod führen können. Die Schutzprokuratorien sind für die Realisierung von Plänen zur Wiederherstellung von Rechten zuständig, aber diese Prozesse werden aufgrund ineffizienter interinstitutioneller Koordination und unzureichender Haushaltsmittel mit Verzögerungen oder Mängeln durchgeführt.

Als Referenz sei auf das Gesetz über die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Bundesstaat Chiapas verwiesen, das in den Artikeln 12, 41 und 100 die Verpflichtung der staatlichen und kommunalen Behörden festschreibt, besondere Schutzmaßnahmen für vertriebene Kinder zu ergreifen und ihnen zumindest "die unentbehrliche Nahrung, Trinkwasser, Schutz und eine feste Unterkunft, angemessene Kleidung, die unentbehrliche medizinische und sanitäre Versorgung sowie die obligatorische Grundbildung" zu gewähren (Art. 12). Ferner heißt es, dass sie der Einheit der Familie Vorrang einräumen müssen, indem sie Mitglieder derselben Familie nicht trennen, und dass sie geeignete Maßnahmen ergreifen müssen, um die Familienzusammenführung zu beschleunigen und das Recht zu gewährleisten, das Schicksal und den Aufenthaltsort vermisster Familienmitglieder zu erfahren.

• SITUATION AN DER GRENZE MEXIKO-GUATEMALA

Die grenzüberschreitende Region zwischen Guatemala und Mexiko ist durch die historischen Bedingungen sozialer Diskriminierung, territorialer Enteignung und wirtschaftlicher Gewalt gekennzeichnet, denen die dort lebenden Menschen ausgesetzt sind. Die Implementierung von Entwicklungsplänen auf beiden Seiten der Grenze vertieft die Enteignung des Territoriums und die Verletzung der Grundrechte sowie der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Rechte der Bewohner.

Die gewaltsame Enteignung der Gemeinschaften von ihren Gebieten führt zu einer prekären Lebenssituation der bäuerlichen und/oder indigenen Gemeinschaften und erzeugt einen starken Konflikt um das Weiterbestehen ihrer Existenz, ihrer Kultur, ihrer Lebensweise und ihrer Sprache, was in vielen Fällen Vertreibungen verursacht.

Die oben erwähnte zunehmende Präsenz der organisierten Kriminalität (OK) hat zu einer Verschärfung der territorialen Konflikte in den Grenzregionen geführt und neue Prozesse der Zwangsvertreibung ausgelöst. Der jüngste Fall ist der des Ejidos San Gregorio Chamic im Landkreis Frontera Comalapa¹, wo sich Mitglieder der OK, die dem Jalisco-Kartell - Neue Generation und dem Sinaloa-Kartell angehören, um die territoriale Kontrolle streiten. Diese Region ist derzeit die gewalttätigste im gesamten Bundesstaat Chiapas.

Es gibt keine konkreten Daten über die Zahl der Vertriebenen im Grenzgebiet von Chiapas, zu dem die Landkreise Frontera Comalapa, La Trinitaria und Chicomuselo gehören. Allerdings wurden verschiedene Ejidos und Gemeinschaften in der Auseinandersetzung zwischen der OK und denjenigen eingeschlossen, die angesichts des Risikos für ihr Leben und ihre Sicherheit gezwungen waren, ihr Land und ihr Gebiet zu verlassen.

In dieser Situation kommen noch Hunderte von Vertriebenen in Guatemala hinzu, die aus den Grenzgebieten zu Mexiko stammen und gezwungen sind, in den Grauzonen, die diese beiden Länder trennen, Schutz zu suchen, nämlich in dem freien geografischen Raum, der zur Definition einer Grenze festgelegt wurde. Von diesen Menschen, die seit mindestens zwei Generationen in diesen mexikanischen Landkreisen leben und nie die notwendigen Schritte zur Legalisierung ihres Aufenthalts unternommen haben, wurden nie Unterlagen gefunden, da ihr Aufenthalt auf mexikanischem Gebiet im Randbereich der Legalität lag.

Ein gutes Beispiel dafür ist der Fall Laguna Larga, in dem sich rund 450 Menschen an der Grenze zwischen Mexiko und Guatemala befinden, die auch nach fünf Jahren noch auf eine Lösung für ihre ungerechtfertigte Vertreibung warten. Sowohl die mexikanische Regierung als auch ihr guatemaltekes Pendant haben diese Menschen vollkommen unberücksichtigt gelassen, so dass sie völlig schutzlos sind.

Heutzutage können wir die Veränderungen und negativen Auswirkungen bezeugen, die die Bevölkerung in dieser Region erfährt. Es gibt eine Konvergenz von Krisen (soziale, politische, Ernährungs-, Bildungs-, Demokratie-, Justiz- und Erinnerungskrisen), die die Voraussetzungen für die Verbreitung von Gruppen und Strategien im Zusammenhang mit der Kriminalität geschaffen hat, die nicht nur das soziale Gefüge der Gemeinschaften stören, sondern es auch verändern und an ihre Interessen anpassen.

An der südlichen Grenze Mexikos zeigt der Kampf um die Gewährleistung der Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, insbesondere des ersten und dritten, dass die Entwicklung dieser Rechte in Mexiko und insbesondere in dieser Region zum Stillstand gekommen ist. Daraus ergibt sich die Dringlichkeit, gemeinsame Aktionen zu entwickeln, die die Sicherheit, das Leben und die Freiheit der Einwohner sichtbar machen und garantieren.

● VERTRIEBENENGESETZ IN CHIAPAS

Auf internationaler Ebene gibt es mehrere von Mexiko ratifizierte Gesetze und Verträge. Obwohl es in Mexiko kein Bundesgesetz über Zwangsvertreibung gibt, wurden das Programm

für die umfassende Betreuung von Opfern 2014-2018 sowie ein Protokoll für die Betreuung und den Schutz von Opfern interner Zwangsvertreibung in Mexiko (2017) entwickelt.

Im Fall von Chiapas wurde 2012 das Gesetz zur Verhinderung von Zwangsvertreibungen und zu den Rechten der vertriebenen Bevölkerung erlassen, dessen Ziel es ist, die Grundlagen für die Verhinderung von Binnenvertreibungen, die Unterstützung und Umsetzung von dauerhaften Lösungen zur Überwindung von Vertreibungen zu schaffen und einen garantierten Rahmen zu bieten, der die Menschen in dieser Situation begleitet und unterstützt.

Unglücklicherweise stößt dieses Gesetz auf ernsthafte Hindernisse für seine ordnungsgemäße Umsetzung. Erstens wird die Einsetzung eines Staatsrats für die integrale Behandlung von Binnenvertreibungen gefordert, der sich aus den Leitern verschiedener Ministerien und anderer staatlicher Stellen zusammensetzt. Diese Stelle sollte für die Koordinierung der Zuweisung von Mitteln für die humanitäre Betreuung von Vertriebenen sowie für die Durchführung von Maßnahmen für eine dauerhafte Lösung in den verschiedenen Fällen zuständig sein (Artikel 20 f XI und XII des Gesetzes).

Allerdings gibt es aufgrund des interinstitutionellen Charakters und des Fehlens von Vorschriften zur Entwicklung der im Gesetz vorgesehenen Mechanismen kein klares Verfahren, mit dem Vertreibungsoffer die Anerkennung und Unterstützung des staatlichen Rates beantragen können. Diese Situation hat dazu geführt, dass der Rat sich nur mit den Fällen befasst, die die größte öffentliche Wirkung haben. Es ist erwähnenswert, dass der Rat erst am 20. März 2018 zum ersten Mal zusammengetreten ist, obwohl das Gesetz seine Einsetzung seit 2012 vorsieht.

Ein weiteres Hindernis für die Umsetzung des Programms war das Fehlen eines speziellen Fonds für die Betreuung von Vertriebenen. In den meisten Fällen wurde die humanitäre Hilfe im Rahmen bereits bestehender Sozialprogramme geleistet; diese Programme berücksichtigen jedoch weder die unterschiedlichen Bedürfnisse der Vertriebenen, noch besteht die Gewissheit, dass die Hilfe kontinuierlich geleistet wird. Manchmal schwankte diese Aufmerksamkeit in Abhängigkeit von öffentlichen Aktionen der Opfer.

Andererseits fehlt im Gesetz eine strafrechtliche Ergänzung, um diejenigen zu bestrafen, die dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen. Auch die Einrichtung eines staatlichen Registers für Vertriebene, wie es das Gesetz vorsieht, wurde nicht eingehalten, was zu Ungenauigkeiten hinsichtlich der tatsächlichen Zahlen und Muster dieses Phänomens in Chiapas führt.

Schließlich ist es wichtig hervorzuheben, dass das Gesetz die Schaffung eines staatlichen Programms zur Bekämpfung und Verhinderung von Zwangsvertreibungen in Chiapas vorsieht. Im Rahmen dieses Programms sollten Mechanismen zur Dokumentation und Diagnose der Dynamiken des Problems sowie zur Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung seiner Ursachen entwickelt und umgesetzt werden. Leider wurde dieses Programm bisher nicht konzipiert oder zumindest nicht öffentlich gemacht. In der Tat hat der Staat nichts unternommen, um die Ursachen dieses Phänomens zu diagnostizieren, geschweige denn, um es auszurotten. Im Gegenteil, offizielle Aktionen und Reden scheinen zu leugnen, dass es ein ernsthaftes Muster von Vertreibung in Chiapas gibt und behandeln das Phänomen als isolierte Angelegenheit.

- Situation von Menschenrechtsverteidigern, die Menschen und Gemeinschaften begleiten, die Opfer von Zwangsvertreibung sind

Menschenrechtsverteidiger, die sich für die Belange der Opfer von Binnenvertreibungen einsetzen, sehen sich bei der Ausübung ihrer Arbeit mit einer Reihe von Hindernissen konfrontiert. In Mexiko kommen die zuständigen Behörden nicht ihrer Verpflichtung und Hauptverantwortung nach, Bedingungen zu schaffen und Mittel bereitzustellen, die eine freiwillige, sichere und würdige Rückkehr von Binnenvertriebenen in ihre Heimat ermöglichen, wie dies in den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Binnenvertriebene festgelegt ist. Angesichts dieser Nichteinhaltung, der Vernachlässigung durch den Staat und der Dringlichkeit,

sich um die Opfer zu kümmern, übernehmen die Menschenrechtsverteidiger Aufgaben der Verteidigung und Begleitung, die ihr Leben und ihre persönliche Integrität gefährden. Bei ihrer Dokumentationsarbeit in den Zufluchtsorten für Vertriebene sind sie auch den fehlenden Sicherheits- und Schutzgarantien ausgesetzt, die ihnen der Staat bieten sollte. In Fällen, in denen die Vertreibung durch Gewalt im Zusammenhang mit bewaffneten Auseinandersetzungen oder organisierter Kriminalität verursacht wird, haben Menschenrechtsverteidiger oft nicht die Möglichkeit, in die betroffenen Gebiete zu gelangen. Manchmal greifen sie auf Vorsichtsmaßnahmen wie kugelsichere Westen zurück, die ihnen für ihre Menschenrechtsarbeit zur Verfügung gestellt wurden. In Chiapas wurden Menschenrechtsverteidiger angegriffen, wenn sie Opfer von Zwangsvertreibungen begleiteten. So auch im Fall der Nonne María Isabel Hernández Rea, die im November 2020 schwer verletzt wurde, als sie den Opfern der Vertreibung in dem Landkreis Aldama humanitäre Hilfe brachte.

Die entsprechenden staatlichen Institutionen neigen dazu, Fälle von Zwangsvertreibung zu verwalten, ohne sich eingehend damit zu befassen und ohne nach dauerhaften Lösungen zu suchen, und beschränken sich im besten Fall darauf, die notwendigen administrativen Schritte zu unternehmen, um den Opfern humanitäre Hilfe zu leisten. Es werden jedoch keine Untersuchungen durchgeführt, um die wirklichen Ursachen der Vertreibung zu ermitteln, um sie zu beseitigen und eine Wiederholung zu verhindern. Darüber hinaus ist diese Verwaltung oft langsam, unvollständig und sogar unterlassend, was zu einer physischen und psychischen Erschöpfung der Opfer und ihrer Begleiter führt. Seit 2020 ist die Covid-19-Pandemie ein immer wiederkehrendes Argument, um die Nichteinhaltung der Vorschriften und Verzögerungen bei der Behandlung von Fällen zu rechtfertigen.

Auch wenn ein Dialog zwischen den verschiedenen Institutionen stattgefunden hat, der zu unterzeichneten Vereinbarungen und Protokollen geführt hat, gibt es keine Folgemaßnahmen. Offene Ermittlungsakten stagnieren oder werden in das temporäre Archiv verschoben. Diese Situation ist sowohl auf einen Mangel an politischem Willen als auch auf einen Mangel an wirtschaftlichen, personellen und kapazitären Ressourcen innerhalb der Institutionen zurückzuführen. Es sei darauf hingewiesen, dass in einigen Fällen bestimmte politische Interessen der Regierung mit den Gruppen verbunden sind, die die Zwangsumsiedlung verursachen, was den Prozess weiter erschwert. Hinzu kommen die Schwäche des Justizsystems, die Straflosigkeit und die historische Korruption, die zu einer strukturellen Trägheit führen, die die uneingeschränkte Ausübung der Menschenrechte und den uneingeschränkten Zugang zur Justiz in Chiapas und dem Rest des Landes behindert.

Darüber hinaus stellen bürokratische Hindernisse und die digitale Kluft nach wie vor ein großes Hindernis für eine vollständige Registrierung der Opfer dar, und die Institutionen führen eher allgemeine als differenzierte Register. Dies erschwert die Anwendung von differenzierten Ansätzen in der Justiz erheblich.

Die autonomen Verfassungsorgane Mexikos ihrerseits haben ebenfalls nicht gezeigt, dass sie die ihnen zukommenden Aufgaben wahrgenommen haben. Häufig kommen sie nicht einmal den Empfehlungen nach, die sie selbst ausgesprochen haben, oder den Schutzmaßnahmen, die den Opfern gewährt wurden.

Aus den oben genannten Gründen haben die unterzeichnenden Organisationen die Landes- und Bundesregierung aufgefordert:

- Die kollektiven Rechte der indigenen Völker, die in den internationalen Instrumenten, die Mexiko unterzeichnet hat, verankert sind, müssen respektiert werden, insbesondere in Bezug auf das Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung.

- Einführung eines Mechanismus, der sicherstellt, dass die zuständigen Behörden die in den Leitprinzipien für Zwangsvertreibungen festgelegten Fristen und Verpflichtungen einhalten, und der im Falle der Nichteinhaltung Sanktionen vorsieht.
- Einhaltung des Gesetzes über Zwangsvertreibungen im Bundesstaat Chiapas sowie der UN-Leitprinzipien für Binnenvertreibungen und Einführung klarer und zugänglicher Verfahren für die Beantragung einer umfassenden Aufmerksamkeit des Staatsrats für Zwangsvertreibungen.
- Konsolidierung des staatlichen Programms zur Bekämpfung und Vorbeugung von Zwangsvertreibungen in Chiapas unter Berücksichtigung der Geschlechter- und Kinderperspektive, unter Einbeziehung von Mechanismen zur Analyse der Ursachen von Zwangsvertreibungen im Bundesstaat, an denen die Opfer und die spezialisierte Zivilgesellschaft teilnehmen können. Außerdem sollte sie ein spezifisches und ausreichendes Budget für ihren Betrieb vorsehen.
- Aufstockung des Haushalts für das Funktionieren und die Stärkung der staatlichen und kommunalen Generalstaatsanwaltschaften als wichtigste Garanten für die Rechte von Kindern und Jugendlichen sowie für die Schulung ihres Personals und die Sensibilisierung im Falle von Binnenvertreibungen.
- Dass die staatliche Kommission für die Betreuung der Opfer im Bundesstaat Chiapas sich um die Opfer kümmert und eine sofortige Registrierung der Familien und Gemeinschaften vornimmt, die sich in einer Situation ständiger oder vorübergehender Vertreibung befinden, und dass sie den besonderen Zustand und die Situation von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Erwachsenen und älteren Menschen sowie das Register der Besitztümer und Güter, die ihnen entzogen wurden oder die gefährdet sind, berücksichtigt.
- Dass die Staatsanwaltschaften die von den Opfern der Zwangsvertreibung angelegten Ermittlungsakten oder Betreuungsprotokolle sorgfältig untersuchen und weiterverfolgen, "um die Sachverhalte zu klären, die Unschuldigen zu schützen, dafür zu sorgen, dass die Schuldigen nicht ungestraft bleiben und dass der Schaden wiedergutmacht wird".
- Bewaffnete zivile Gruppen müssen untersucht und entwaffnet werden, und diejenigen, die für die Tötung, Verwundung, Folter, Vergewaltigung und den sexuellen Missbrauch von Frauen und Mädchen, Kindern und Jugendlichen sowie für Diebstahl, Plünderung und Zerstörung von Eigentum verantwortlich sind, müssen vor Gericht gestellt werden.

Des Weiteren schlagen die unterzeichnenden Organisationen in Anbetracht des alarmierenden Mangels an Gerechtigkeit in dem Bundesstaat und im ganzen Land folgende Empfehlungen an den Berichterstatter vor:

- Es sollte ein Mechanismus eingeführt werden, der sicherstellt, dass die in den Leitprinzipien festgelegten Fristen und Verpflichtungen von den zuständigen Behörden eingehalten werden, und der im Falle der Nichteinhaltung Sanktionen vorsieht.
- Es sollten sorgfältige Aufzeichnungen mit differenzierten Ansätzen für Geschlecht, Interkulturalität, Alter, einschließlich Kinder und Jugendliche, sowie andere Ausschlüsse und Gefährdungen von Opfern von Zwangsvertreibung geführt werden.
- Vorantreiben der Untersuchungen und der Entwaffnung der in den Territorien operierenden bewaffneten Gruppen sowie der strafrechtlichen Verfolgung der Verantwortlichen für alle begangenen Verbrechen.
- Es wird dazu aufgerufen, die Arbeit von Menschenrechtsverteidigern anzuerkennen und die körperliche Unversehrtheit und den Schutz derjenigen zu gewährleisten, die Opfer von Zwangsvertreibungen begleiten.

Frau Berichterstatteerin, wie Sie in anderen Teilen des Landes gesehen haben, befindet sich Mexiko in einer tiefgreifenden Menschenrechtskrise, die sich auf vielfältige Weise äußert. Die Zwangsvertreibung ist eine davon und betrifft Hunderttausende von Menschen im Land. Der Fall Chiapas ist besonders dramatisch, sowohl was die Anzahl als auch die Kontinuität des Phänomens in den letzten dreißig Jahren angeht. Aufgrund verschiedener Ursachen in der Vergangenheit, die jedoch in den sozialen Prozessen der indigenen und mestizischen Gemeinschaften von Chiapas gegenwärtig sind, hat die Vertreibung der am meisten gefährdeten Bevölkerung unseres Landes großes Leid verursacht. Für uns als Nichtregierungsorganisationen stellt Ihre Anwesenheit in Chiapas eine Chance dar, eine Realität sichtbar zu machen, die von den drei Regierungsebenen systematisch verleugnet wurde. Es ist an der Zeit, eine wiedergutmachende Justiz für die Opfer einzuführen, um die Nichtwiederholung der Straftat und die Wiedergutmachung des Schadens zu gewährleisten. Wir wollen nicht weiterhin Fälle und Menschenrechtsverletzungen dokumentieren, damit alles beim Alten bleibt oder noch schlimmer wird. Der Wiederaufbau des zerrissenen sozialen Gefüges kann nicht einmal in Erwägung gezogen werden, wenn es keine Gerechtigkeit und Wahrheit gibt.

Unterzeichnende Organisationen

Cáritas de San Cristóbal de Las Casas

Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de Las Casas

Indigenous Peoples Rights International (IPRI)

Melel Xjobal

Movimiento Sueco por la Reconciliación (Swefor)

Servicio Internacional para la Paz (SIPAZ)

Voces Mesoamericanas. Acción con pueblos migrantes

Quelle:

<https://frayba.org.mx/sites/default/files/2022-09/Dinamicas-e-Impactos-Diferenciados-del-Desplazamiento-Forzado-Interno-en-Chiapas.pdf>

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator